

# Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Nachrichten Dresden.  
Verlagsnummer 25 241.  
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei wöchentlich einmaliger Zustellung oder durch die Post bei wöchentlich zweimaliger Lieferung monatlich 14,- M., vierteljährlich 42,- M., halbjährlich 84,- M., jährlich 168,- M. An Familienangehörigen, Anzeigen erster Stelle u. Besondere Anzeigen, 1-pollige Anz. v. 2. Reihe 25%. Bezugsgebühren sind Porto, Zusatzt. Anträge geg. Vorbehalten. Einzelpreise d. Vorbehalten 10 Pf.

Schließung und Sauerbrunnstraße  
Mariasstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit drucklicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) möglich. — Unserianatete Schriftstücke werden nicht anberührt

## August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.)

Verkaufsort: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage.

### Die Entscheidungsfunde für Dr. Wirth.

#### Die wahrscheinlichen Stimmen für und gegen Wirth.

Berlin, 15. Febr. Die Besprechungen der Regierungspartei und der Nationalen Volkspartei im Reichstag über die Wirth-Frage dauerten mittags noch fort. Die „N.“ berichtet, daß das schließliche Ergebnis für Wirth 200 gegen 208 Stimmen wäre, also eine knappe Mehrheit von 21 Stimmen für Wirth. Die drei Regierungsparteien würden vollständig für jeden Vertrauensantrag stimmen, wie immer er auch formuliert werde. Rechnungsmäßig verfielen sie über 108 mehrheitlich, 72 Zentrum, und 40 demokratische, zusammen also über 250 Stimmen. Doch muß man damit rechnen, daß einige Abgeordnete infolge Krankheit oder sonstiger Verhinderung fehlen werden. Man rechnet auf dieser Seite des Hauses aber auf mindestens 215 Stimmen für das Vertrauensvotum. Von der Nationalen Volkspartei dürften 15 Stimmen für Wirth zu erwarten sein. Zusammen wären danach der Regierung 270 Stimmen sicher.

Sichere Oppositionstimmen gegen jedes Vertrauensvotum sind die 71 demokratischen auf der einen und die 23 kommunistischen Stimmen auf der anderen Seite. Doch könnten natürlich auch hier ein paar Stimmen aus anderen Gründen fehlen. 93 bis 92 Stimmen gelten hier als die wahrscheinliche Mittel. Die Deutsche Volkspartei lehrt erst heute mittags nach dem ersten mihlungenen Versuche, doch noch ein bindendes Koalitionserweiterungsverprechen zu erhalten, ihren letzten Beschluß. Es ist bis jetzt kaum eine Änderung der Fraktionsstellung zu erwarten, so daß die Partei gegen das Vertrauensvotum stimmen wird. Von ihren 65 Mitgliedern werden sich aber sicher vier der Abstimmung fernhalten. Ein paar andere könnten aber außerdem noch fehlen, so daß 65 bis 60 Stimmen für die Opposition als das Wahrscheinliche gilt. Unsicherheit herrscht über die vier Stimmen des Bayerischen Bauernbundes. Schlimmerdings ergeben sich also 153 sichere Stimmen gegen die Regierung. Was die Unabhängigen Sozialisten mit ihren 61 Stimmen anlangt, so könnte die Partei sich dahin entscheiden, sich der Abstimmung zu enthalten, in welchem Falle Wirth mit ungefähr 200 gegen 153 Stimmen einen beschließenden Sieg davontragen würde. Manches der geforderten Garantien könnten die Unabhängigen aber auch gegen das Vertrauensvotum stimmen, in welchem Falle wohl aber mehrere Mitglieder sich der Abstimmung fernhalten werden. Die Abstimmung im Reichstag wird nicht vor 15 Uhr erwartet.

### Voraussetzliches Scheitern der großen Koalition.

Berlin, 15. Febr. Das Ergebnis der heutigen Sitzungen der Reichstagsfraktionen kann dahin zusammengefaßt werden, daß die Bemühungen um die Herstellung der großen Koalition für den Augenblick gescheitert sind. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgenden Bescheid erlassen:

1. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird bei der morgigen Abstimmung ihre Stimme für die vom Reichstagsamt angenommenen Erklärungen abgeben. 2. Sie ist nicht in der Lage, zum Zweck, das Ergebnis dieser Abstimmung zu beeinflussen, irgendwelche Forderungen bezüglich ihrer Teilnahme an einer sogenannten großen Koalition zu machen.

Durch den Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion scheidet jedoch jede Kombination mit der Deutschen Volkspartei und der Nationalen Volkspartei für heute gegen das Vertrauensvotum

stimmen mit Ausnahme der Abgeordneten Dr. Heinze, u. Kardorff, Franke, v. Oheimb und Seibold, die der Abstimmung fernbleiben werden. Aus dem Umstand, daß die neuen Koalitionserklärungen in der Reichstagsfraktion nicht angenommen haben, wird geschlossen, daß sie vom Reichskanzler ausgegangen sind.

Der „Freiheit“ zufolge hat die Fraktion der Unabhängigen beschlossen, gegen den Antrag zu stimmen. Der Reichstag billigt die Erklärungen der Reichsregierung. Sollte dem Reichstage von den Regierungsparteien ein anderer Antrag vorgelegt werden, dann werde die Fraktion der Unabhängigen ernstlich Stellung nehmen und es werde dabei für die Entscheidung der Fraktion von Bedeutung sein, ob Garantien gegen Maßnahmen der Beamten und Arbeiter aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks gegeben werden. Um den Unabhängigen zu ermöglichen, für ein Vertrauensvotum zu stimmen oder sich wenigstens der Stimme zu enthalten, um so eine ausreichende Mehrheit für die Regierung Wirth zu erzielen, wird innerhalb der Regierungsparteien Erwogen, den Vertrauensantrag so abzuändern, daß er sich nicht allein auf die Erklärungen über den Eisenbahnerstreik beziehen soll, sondern auch auf die auswärtige Politik der Regierung. Es wird von den Unabhängigen gebilligt, ein solches Vertrauensvotum würde etwa folgendermaßen lauten: Der Reichstag spricht der Reichsregierung das Vertrauen aus, das sie nach Art. 61 der Reichsverfassung zu ihrer Amtsführung bedarf.

Der „Post.“ zufolge wird man sich in der heutigen Reichstagsitzung nicht auf die Abstimmung beschränken, sondern der Reichskanzler wird vor der Abstimmung das Wort ergreifen und dadurch eine Debatte ermöglichen. Das soll den Regierungsparteien die Möglichkeit geben ihren ursprünglichen Antrag zurückzuziehen und ihn durch einen neuformulierten zu ersetzen.

### Ein Kabinett Hermes?

Die „Freiheit“ fürchtet die Möglichkeit eines Kabinetts Hermes. Herr Hermes, hat das Blatt, hat in der Tat Fühlung mit den Reichsparteien, um an die Spitze einer etwa durch die Reaktion gebildeten Regierung zu treten. Die reaktionären Parteien halten ihn für den geeigneten Mann, um an die Spitze Wirths zu treten, und er selbst scheint sich gleichfalls für diese Aufgabe berufen zu fühlen. Dieser Mann hat sich sowohl als Finanzminister wie als Ernährungsminister als geeigneter Anwalt bewährt und beim Beamtenstreik hat er das Vertrauen, das die Reaktion ihm ohnehin entgegenbrachte, durch seine Scharfmachereien noch zu vermehren vermocht. Die Tatsache allein, daß die nach Einfluss auf die Regierung strebenden Reichsparteien Hermes zu ihrem Vertrauensmann auszeichnen haben, zeigt zur Genüge, wie groß die Gefahr wäre, die eine solche Wendung der Dinge für die Massen der arbeitenden Bevölkerung bedeuten würde.

### Die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung.

Der „Vorwärts“ beantwortet die Frage, was das Ergebnis der Abstimmung sein werde, dahin: Wahrscheinlich wird die Regierung trotz der verheerenden Wenden die ihr gescheitert worden sind, eine nennende Mehrheit erhalten und bleiben zu können. Es ist aber auch möglich, daß sie in der Minderheit bleibt, und dann gehen wir vor einem großen Fragezeichen. Es ist aber drittens auch möglich, daß sie zwar eine Mehrheit erhält, diese aber doch nicht für groß genug erachtet, um die Geschäfte weiter zu führen. Dann wird sie nicht zurücktreten, sondern sie wird voraussichtlich den Reichspräsidenten ersuchen, den Reichstag aufzulösen, um eine klare Entscheidung des Volkes herbeizuführen.

Arten anjammensföhlichen und so ihren Delegierten die Hände binden würde. Aus diesem Grunde finden hier auch die Sekundantenlerke, die die Regierung der kleinen Entente Frankreich in seinem Widerstand gegen die Kontinenz zu leisten verstanden, schärfste Mißbilligung.

London, 15. Febr. Laut „Daily Telegraph“ verläßt Polanco in der letzten französischen Verbalnote an die britische Regierung, Großbritanniens die Verantwortung für jede Ablehnung der Mitwirkung von Sachverständigen aus den Ländern der kleinen Entente wahrzunehmen. Das ist zweifellos sehr wichtig. Man könne jedoch in dieser Frage nicht zwischen der oder jener alliierten Macht unterscheiden und auch nicht zwischen alliierten und neutralen Mächten, die eingeladen sind. (W.F.)

### Eine Entscheidung in der Reparationsfrage?

Paris, 15. Febr. Die „Petit Parisien“ mittel, daß eine Entscheidung in der Reparationsfrage getroffen worden zu sein. Die Reparationskommission ist, wie Frankreich es verlangt hat, damit beauftragt worden, den Zeitraum der deutschen Zahlungen für das Jahr 1922 festzusetzen. Nachdem würden die alliierten Finanzminister gemäß dem britischen Vorschlag in London zusammenkommen, um sich über die Verwirklichung der deutschen Zahlungen zu einigen. (W. F.)

### Der französisch-belgische Aufmarschplan am Rhein.

Der französisch-belgische Aufmarsch am Rhein ist, so wie er zwischen den beiden Generalstäben in dem bekannten französisch-belgischen Abkommen festgelegt worden war, fertig. Nachdem Frankreich im vergangenen Herbst im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit der Abbruchunterbrechung die im Mai vorigen Jahres zur Besetzung des Ruhrgebietes gebildete und im Räume Solingen—Eisberg veranlagte Ruhrarmee wieder aufgelöst hatte, wurde Ende Dezember dafür das bisher im Raum von Châlons stehende 4. französische Korps nach Vöhringen verlegt. Damit verfügt Frankreich nunmehr über folgende Kräfte am Rhein und in dessen Hinterland:

Im besetzten Gebiet steht die Rheinarmee mit dem Oberkommando in Mainz. An ihrer Spitze steht der General Doyotte. Ihm unterstehen sechs Infanterie-Divisionen und eine Kavallerie-Division in einer Gesamstärke von 1100 Offizieren und 85000 Mann — davon 10500 Kavallerie. Die Infanterie-Divisionen sind in drei Korps zusammengefaßt, von denen das 20. und 31. Korps im Brückenkopf Mainz und in der Pfalz, das 33. mit der Waffe im Westtal und mit einer verstärkten Brigade in den drei Ruhrhöfen Düsseldorf, Duisburg und Mülheim liegt. Außer diesen Korps befindet sich im Saargebiet noch ein vermehrtes Besatzungskorps in Stärke von 7500 Mann. Die Truppenteile haben sämtlich erhöhte Etate, so daß sie auch ohne besondere Mobilisationsmaßnahmen sofort außerhalb des besetzten Gebietes verwendbar sind. Die Kavallerie-Division besteht aus drei Brigaden zu je zwei Regimentern und 12 nebesdingas mit Straßenpanzerwagen-Abteilungen, sogenannten „cavaleries de camions“ ausgerüstet worden.

Unter der Rheinarmee befinden sich rechts und links aufgestellt die vier Grenzkorps, und zwar rechts das 1. Korps im Elsaß unter dem bisherigen Oberbefehlshaber in Döhrdorf General Dennoque mit dem Generalkommando in Straßburg und dem 7. Korps in Weismann dahinter, und links nunmehr das 6. Korps in Vöhringen unter dem General de Verdun mit dem Generalkommando in Metz und dem 20. Korps in Nancy dahinter.

Mit der Verlegung des VI. Korps von Châlons nach Metz verfügt Frankreich im besetzten Gebiet und dessen Hinterland über sieben fast kriegstüchtige Armeekorps und unter Einzurechnung der in Lunéville stehenden 2. Kavallerie-Division über zwei Kavallerie-Divisionen. Sie sind dazu bestimmt, im notwendig werdenden Falle die Rheinarmee zu verstärken, einmal, um sich an der Durchführung von Sanktionen zu beteiligen, dann aber, um die im Falle eines deutschen Angriffes das halten der Rheinlinie zu ermöglichen. In ihrer Unterstellung befindet sich in Metz als ein Bestandteil der gegen Deutschland bestimmten französischen Aufmarschkräfte eine Luftdivision. Sie besteht aus zwei Jagd- und Bombenbrigaden zu je zwei Regimentern, die auf den ganzen Raum von Nancy bis zur Linie Mainz—Straßburg verteilt sind.

Nördlich der französisch-belgischen Besatzungszone und von dieser durch die in den Brückenköpfen Koblenz und Köln stehenden Amerikaner und Engländer getrennt, im Räume Aachen—Arefeld, stehen die Polster, etwa 14000 Mann; sie bestehen aus der 8. und 9. Infanterie-Division, die zusammen mit etwas Kavallerie die IV. Armeedivision bilden. Das Oberkommando liegt in Aachen, die beiden Divisionen befinden sich in Münden-Gräbchen und in Arefeld. Unter dem belgischen Besatzungskorps befindet sich eng auf dem maritimen Aufmarschtruppe eine Luftdivision. Sie besteht aus zwei Jagd- und Bombenbrigaden zu je zwei Regimentern, die auf den ganzen Raum von Nancy bis zur Linie Mainz—Straßburg verteilt sind.

Die in den Brückenköpfen Koblenz und Köln stehenden amerikanischen und englischen Besatzungsgruppen können außerhalb des Rahmens dieser Betrachtung bleiben. Die Amerikaner sind gerade in der letzten Zeit fast vermindert worden und nur noch kaum 7000 Mann stark. Die englischen Truppen sind, da sich große Teile von ihnen in Oberitalien befinden, mit 4000 Mann noch schwächer.

Die Uebersicht über die französisch-belgischen und belgischen Kräfte am Rhein und in dessen Hinterland zeigt trotz der Auflösung der Ruhr-Armee eine wesentliche Verstärkung der Franzosen. Frankreichs militärische Grenze ist heute der Rhein und, auf dieser Grundlage aufbauend, wird Frankreich sein Mittel unverändert lassen, ihn auch zur politischen Grenze Frankreichs zu machen.

### Widerstandsfähigkeit gegen die Streikgefahr.

Die Deutsche Volkswirtschaft (Freitag): Der hinter uns liegende Eisenbahnerstreik sowie der in seinem Gefolge zum Ausbruch gekommene Berliner Gemeindefacharbeiterstreik zeigten sich vor allen anderen Streikbewegungen dadurch aus, daß sie sich ausschließlich gegen staatliche und städtische Betriebe richteten. III: Privatbetriebe wurden in auffälliger Weise verschont. So sind die im Privatbesitz befindlichen Eisenbahnen nicht betroffen worden, und ebenso haben in den privatwirtschaftlich geleiteten Kohlenwerken und Elektrizitätswerken die Arbeiter an dem Ausstand nicht teilgenommen. Selbst der sozialistische Presse ist diese größere Widerstandsfähigkeit der Privatbetriebe im Verlaufe zu den verstaatlichten und kommunalisierten Betrieben aufgefallen. Am „Vorwärts“ hat dessen Vortragsleiter Drampier feststellen müssen, daß von den Arbeitern zwischen privaten und sogenanntem gemein-

### Berhärtung des englisch-französischen Gegenjokes.

(Lauter Drahtbericht der „Dresdener Nachrichten“.) London, 15. Febr. Die französische Antwort auf den englischen Vorstoß, die Sachverständigen der fünf alliierten Hauptmächte, wie es in Cannes vorzuziehen war, zur Vorbereitung der auf der Konferenz von Genua stehenden wichtigen Probleme zusammenzutreten zu lassen, hat den Generalstab zwischen Paris und London aufs neue verhärtet. Die französischen Gegenentwürfe lassen keinen Zweifel, daß die französische Regierung, nachdem ihre schärfste Diskussion überstanden ist, nunmehr die Sachverständigenkonferenz dazu benutzen möchte, um die Alliierten auf ein gemeinsames Aktionsprogramm für die Konferenz zu verpflichten. Hier ist man fest entschlossen, dieses Mandat nur unter Umständen zuzulassen. Aus diesem Grunde erfolgt auch die Anregung, an den Beratungen Sachverständiger der kleinen Entente und Polens teilzunehmen, unbedingte Ablehnung. Man ist hier der Auffassung, daß dieser Vorstoß, die rein technischen Beratungen sich zu einer internationalen Konferenz auszuweiten zu lassen, im voraus einen Verzicht zu den Alliierten an der Konferenz von Genua teilnehmenden Mächten schafften würde. Demgegenüber steht die englische Regierung nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Beratungen über den Niederrhein Europas nur dann zu einem positiven Ergebnis gelangen könnten, wenn die Diskussion in völliger Freiheit und Unabhängigkeit stattfände. Das wäre aber nach bisheriger Auffassung nicht der Fall, wenn eine große Anzahl von Sachverständigen sich bereits vorher zu einer gemeinsamen